

Drei Fragen an Vera Lux zum Koalitionspapier

Vergangene Woche wurde das Papier aus den Koalitionsverhandlungen der Arbeitsgruppe Gesundheit und Pflege bekannt. DBfK-Präsidentin Vera Lux schätzt die Inhalte ein. DBfK aktuell: Wird das Papier den Herausforderungen, vor denen die Pflege steht, gerecht?



Vera Lux: Aus dem Papier geht hervor, dass den Verhandler:innen die Wichtigkeit professioneller Pflege in unserem Gesundheitssystem bewusst ist. Deutlich wird das daran, dass die berufliche Eigenständigkeit und die Selbstverwaltung gefördert und die drei ausstehenden Gesetze zur Pflegekompetenz, Pflegefachassistenz und Advanced Practice Nursing schnell auf den Weg gebracht werden sollen.

Was sagen Sie zur Absicht, dass die drei Pflegegesetze in den ersten 100 Tagen kommen sollen?

Der DBfK ist sehr zufrieden über die Aussage, dass die drei Pflegegesetze in den ersten 100 Tagen kommen sollen. Die Pflegegesetze sind uns seit langem ein wichtiges Anliegen. Es geht um nicht weniger als die Sicherstellung der Versorgung von pflege- und hilfebedürftigen Menschen. Professionelle Pflege kann mehr als sie darf, dieses Potenzial muss gehoben werden und zielgerichtet zum Einsatz kommen. Die Pflegegesetze geben dafür den strukturellen und (leistungs-)rechtlichen Rahmen. Die Umsetzung in den ersten 100 Tagen ist auch deshalb wichtig, weil die Pflegegesetze ja bereits geeint waren und so – bei den vielen kritischen Themen, die die Bundespolitik derzeit beschäftigen – nicht unter die Räder kommen.

Was fehlt Ihnen in dem Papier?

Die dargelegten Ansätze sind richtig, reichen aber nicht aus. Es müssen weitere Maßnahmen folgen. Wir fordern als DBfK die Einrichtung einer sogenannten Chief Government Nurse, also einer Staatsministerin bzw. eines Staatsministers für Pflege im Kanzleramt. Außerdem müssen die akademischen Strukturen auf- und ausgebaut werden. Der Wissenschaftsrat empfiehlt für die Pflege anhaltend eine Akademisierungsquote von mindestens 20 Prozent. Wir brauchen auch mehr Wissenschaft und Forschung in der unmittelbaren Bewohner:innen- und Patient:innenversorgung, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Das sieht der Wissenschaftsrat ebenso als notwendig an. Dafür müssen die hochschulischen Strukturen geschaffen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

DBfK-Forderungspapier an die zukünftige Bundesregierung

(AKH)